



Medienmitteilung: Rohstoff

Datum: Montag 13.09.2021
Sperrfrist: 15.00 (nach der Rede im Erstrat)

Bundesrat präsentiert seine Ziele für das Jahr 2022

Am 13. September 2021 hat Bundespräsident Guy Parmelin im Nationalrat die Ziele des Bundesrats für das Jahr 2022 präsentiert. Diese sind auf die drei Leitlinien der Legislaturperiode 2019–2023 abgestimmt. Es stehen dabei folgende Schwerpunkte im Vordergrund:

Leitlinie 1: Wohlstand

Finanzpolitik

Die hohen ausserordentlichen Ausgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 führen auf dem Amortisationskonto der Schuldenbremse zu einem grossen Fehlbetrag. Dieser Fehlbetrag muss gemäss dem geltenden Finanzhaushaltgesetz wieder abgebaut werden, damit sich der Bund nicht auf Dauer neu verschuldet. Der Bundesrat wird 2022 eine entsprechende Botschaft verabschieden.

Finanzmarktpolitik

Der Bundesrat wird 2022 erste Massnahmen zur Verbesserung der Standortqualität für *Digital Finance* auf Grundlage der Auslegeordnung von 2021 genehmigen und das weitere Vorgehen festlegen. Weiter wird der Bundesrat 2022 vom Stand des Fortschritts bei *Open Finance* Kenntnis nehmen und bei Bedarf Massnahmen zur Förderung von *Open Finance* festlegen.

Bankwesen

Der Bundesrat wird 2022 die revidierte Eigenmittelverordnung gutheissen. Damit werden Anpassungen entsprechend den Standards des Basler Ausschusses umgesetzt. Ebenfalls 2022 wird er die revidierte Bankenverordnung gutheissen und die Liquiditätsverordnung in Kraft setzen.

Steuerpolitik

Der Bundesrat wird 2022 das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen zur Einführung einer Tonnagesteuer entscheiden. Die Tonnagesteuer ist ein weit verbreitetes Förderinstrument der internationalen Seeschifffahrt. Eine Einführung schafft gleich lange Spiesse im Wettbewerb um hoch mobile Schifffahrtsunternehmen im Bereich des Güter- und Personentransports. Weiter wird der Bundesrat 2022 die Botschaft zur Änderung des

Bundesgesetzes über die Tabakbesteuerung verabschieden. Mit der Vorlage soll eine gesetzliche Grundlage für die Besteuerung von E-Zigaretten geschaffen werden.

Zollwesen

Der Bundesrat wird 2022 die Botschaft zur Totalrevision des Zollgesetzes verabschieden. Er legt damit den rechtlichen Rahmen für die laufende digitale Transformation der Eidgenössischen Zollverwaltung (Programm DaziT) und schafft gleichzeitig die notwendige organisatorische Flexibilität, damit das künftige Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit noch rascher und wirksamer auf veränderte Lagen reagieren kann. Zudem wird der Bundesrat 2022 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA III) verabschieden. Die bestehende LSVA-Infrastruktur zur Erhebung der Schwerverkehrsabgabe in der Schweiz muss altersbedingt per Ende 2024 ersetzt werden.

Bundespokal / Bundesverwaltung

Der Bundesrat wird 2022 das Unterbringungskonzept «Neue Arbeitswelten» genehmigen. Mit dem Strategiepapier werden für die Bundesverwaltung Grundsätze für nachhaltige Büroarbeitsplätze in der Schweiz festgelegt. Die Weiterentwicklung erfolgt im Hinblick auf die digitale Transformation und die Förderung flexibler Arbeitsformen.

Wirtschaftspolitik

Der Bundesrat wird 2022 die Botschaft zu einer Teilrevision des Bundesgesetzes über Schuldbeitreibung und Konkurs (SchKG) verabschieden. Das SchKG soll im Hinblick auf die Digitalisierung (Digitale Verlustscheine, online-Verwertungen, elektronische Wohnsitzüberprüfung) modernisiert werden. Weiter wird der Bundesrat 2022 die Botschaft zur Teilrevision des Kartellgesetzes verabschieden. Damit beabsichtigt er, die Fusionskontrolle zu modernisieren und technische Aspekte im Schweizer Kartellrecht (insbesondere im Bereich des Kartellzivilrechts sowie des Widerspruchsverfahrens) zu verbessern. Sodann wird der Bundesrat 2022 die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten und der Einführung einer Regulierungsbremse verabschieden. Im Gesetz werden Prinzipien und Instrumente verankert, um die Belastung der Unternehmen durch bestehende und neue Regulierungen zu senken.

Covid-19: finanzielle Hilfe

Der Bundesrat wird 2022 den Bericht über die Zusicherungen von Unterstützungen an Unternehmen im Rahmen der Covid-19-Härtefallverordnung gutheissen. Die Zusicherungen haben gemäss Verordnung 2020 und 2021 zu erfolgen und können in Form von à-fonds-perdu-Beiträgen, Darlehen, Garantien oder Bürgschaften gewährt werden. Ebenfalls wird der Bundesrat 2022 den Bericht über die Umsetzung des Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetzes gutheissen. Mit Hilfe von verbürgten Überbrückungskrediten soll Einzelunternehmen, Personengesellschaften oder juristische Personen mit Sitz in der Schweiz ausreichend Liquidität zur Verfügung gestellt werden, damit sie trotz coronabedingten Umsatzeinbussen ihre laufenden Fixkosten decken können.

Digitalisierung

Der Bundesrat wird 2022 den Bericht zum Stand der digitalen Transformation der Bundesverwaltung zur Kenntnis nehmen und weitere Massnahmen zur digitalen Transformation und zur Umsetzung der Strategie «Digitale Schweiz» beschliessen. Zudem wird der Bundesrat 2022 die Vernehmlassung zu Rechtsgrundlagen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der «Digitalen Verwaltung Schweiz» (DVS) eröffnen. Mit dem Projekt «Digitale Verwaltung Schweiz» soll die bundesstaatliche Steuerung und Koordination im Bereich E-Government optimiert werden.

Statistik

Der Bundesrat wird 2022 die Totalrevision der Statistikerhebungsverordnung und die Teilrevision der Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik verabschieden. Damit wird die konkrete Ausrichtung der Bundesstatistik auf die Mehrfachnutzung von Daten rechtlich verankert; zudem werden Rollen und Aufgaben im Statistikbereich für die Mehrfachnutzung von Daten umgesetzt. Weiter wird der Bundesrat 2022 die Botschaft zum Adressdienstgesetz verabschie-

den. Der Aufbau eines nationalen Adressdienstes für Verwaltungsaufgaben entspricht einem Bedürfnis und fand in der Vernehmlassung weitgehende Zustimmung.

Geoinformation / Geologie

Der Bundesrat wird 2022 eine Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG) verabschieden. Das GeolG regelt neu die Erhebung und Zusammenführung geologischer Daten auf Stufe Bund. Sodann wird der Bundesrat 2022 den Bericht zum Aufbau eines Leitungskatasters Schweiz (LKCH) beraten und einen Grundsatzentscheid fällen. Ferner wird der Bundesrat 2022 auch einen Bericht zur Schaffung nationaler Register raumbezogener Daten zur Kenntnis nehmen. Und schliesslich wird der Bundesrat 2022 mit der Teilrevision der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV) die Finanzierung der amtlichen Vermessung neu auf Gesetzesstufe regeln.

Datenschutz

Der Bundesrat wird 2022 das revidierte Datenschutzgesetz (DSG) in Kraft setzen und die entsprechenden Verordnungen zum DSG verabschieden.

Landeskommunikation / Aussenwirkung

Der Bundesrat wird 2022 eine Botschaft für die Teilnahme an der nächsten Weltausstellung der Kategorie A verabschieden und die nötigen finanziellen Mittel beantragen. Das Oberthema der vom 13. April bis 13. Oktober 2025 in Osaka (Japan) stattfindenden Weltausstellung lautet «Designing future Society for our Lives». Die Schweiz soll in der Region als innovatives Land positioniert werden.

Handels- und Aussenwirtschaftspolitik

Der Bundesrat beabsichtigt, die noch offenen Punkte der in der Substanz abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und den MERCOSUR-Staaten zu bereinigen, damit das Freihandelsabkommen (FHA) im Anschluss unterzeichnet und 2022 die Botschaft verabschiedet werden kann. Weiter wird der Bundesrat 2022 die Botschaft zum FHA zwischen den EFTA Staaten und Moldova verabschieden. Ferner wird der Bundesrat 2022 ein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich im Bereich Finanzdienstleistungen genehmigen. Dieses soll den grenzüberschreitenden Marktzugang für eine breite Palette an Finanzdienstleistungen ermöglichen.

Bildungs- und Forschungspolitik

Der Bundesrat wird 2022 die Botschaft zum Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalt Movetia verabschieden. Movetia ist für die Mobilitäts- und Zusammenarbeitsprogramme in der Bildung zuständig. Weiter wird der Bundesrat 2022 das Abkommen zur Assoziierung der Schweiz am Programm Erasmus, dem EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa für die Jahre 2021–2027 genehmigen. Ferner wird der Bundesrat 2022 die Botschaft zum Bundesbeschluss betreffend die Anpassung von Anhang III des Personenfreizügigkeitsabkommens (PFZA) verabschieden. Diese Anpassung soll das PFZA mit der Situation in der EU in Einklang zu bringen. Dabei sollen einige wichtige Neuerungen integriert werden, wie der «Europäische Berufsausweis» (digitales Anerkennungsverfahren) oder der Warnmechanismus für die Gesundheits- und Bildungsberufe. Sollte sich die für 2021 geplante Assoziierung an das Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation «Horizon Europe» und an die damit verbundenen weiteren Elemente des Horizon-Pakets verzögern, wird der Bundesrat einerseits die Assoziierung im Jahr 2022 anstreben, andererseits Übergangs- und Ersatzmassnahmen einsetzen, um die Spitzenposition der Schweiz im Bereich der Forschung und Innovation zu erhalten.

Verkehrspolitik

Der Bundesrat wird 2022 die Botschaft zu einem Gesetz über die Dateninfrastruktur Mobilität verabschieden. Zugunsten eines effizienten und vernetzten Verkehrssystems sollen damit Bereitstellung, Austausch, Verknüpfung und Nutzung von Mobilitätsdaten vereinfacht werden. Weiter wird der Bundesrat 2022 die Botschaft zum Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2024–2027, zum Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen und zum Verpflichtungskredit verabschieden.

Sodann wird der Bundesrat 2022 die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Agentur für das europäische Globale Satellitennavigationssystem 2022 verabschieden. Schliesslich wird der Bundesrat 2022 die Botschaft zum Bundesgesetz über Pilotprojekte zu Mobility Pricing verabschieden. Mit dem Gesetz sollen die Kantone und Gemeinden die Möglichkeit erhalten, solche Pilotprojekte durchzuführen.

Leitlinie 2: Zusammenhalt

Medienpolitik

Der Bundesrat wird 2022 den zweiten Teil der Ausführungsbestimmungen zum Massnahmenpaket zugunsten der Medien verabschieden. Neben dem befristeten Ausbau der indirekten Presseförderung sieht die Vorlage eine befristete Unterstützung von einheimischen Online-Medien vor.

Kulturpolitik

Der Bundesrat wird 2022 im Rahmen der Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 die Ausführungsbestimmungen zum Filmgesetz erlassen und die angepasste Filmverordnung in Kraft setzen.

Jugendpolitik

Mit dem neuen Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele sollen Minderjährige vor Medieninhalten in Filmen und Videospielen geschützt werden, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden könnten. Der Bundesrat wird 2022 die Vernehmlassung über die Ausführungsbestimmungen in der neuen Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele eröffnen.

Familienpolitik

Gestützt auf eine vom Parlament verlangte Strategie zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit wird der Bundesrat dazu 2022 einen Vorentwurf in die Vernehmlassung schicken.

Gesellschaftspolitik

Der Bundesrat wird 2022 einen Bericht über die langfristigen Folgen der demographischen Entwicklung auf die Generationenbeziehungen sowie auf die verschiedenen Politbereiche mit entsprechenden Handlungsfeldern gutheissen.

Sozialpolitik

Der Bundesrat wird 2022 die Vernehmlassung zur Änderung des Erwerbssatzgesetzes eröffnen. Mit der Gesetzesänderung soll die Betriebszulage, die bei Militärdienst ausbezahlt wird, auch für selbständigerwerbende Frauen im Mutterschaftsurlaub eingeführt werden.

Covid Krisenmanagement

Der Bundesrat wird 2022 den Bericht zur Auswertung des Krisenmanagements in der zweiten Phase der Covid-19-Pandemie zur Kenntnis nehmen und allfällige Massnahmen zur Verbesserung des Krisenmanagements beschliessen.

Gesundheitspolitik

2022 trifft der Bundesrat einen Grundsatzentscheid hinsichtlich des Aufbaus der nationalen Kohorte (Schweizer Gesundheitsstudie), die Humanbiomonitoring, Gesundheitsuntersuchungen und die Erhebung von relevanten Expositions- und weiteren Begleitdaten umfasst. Weiter wird der Bundesrat 2022 auf der Grundlage einer Auslegeordnung entscheiden, welche weiteren Massnahmen zur Erreichung des strategischen Ziels «Mehr Langzeitpflegepersonal» notwendig sind. Denn die vom Bundesrat verabschiedete Strategie Gesundheit2030 hat einen Mangel an qualifiziertem Gesundheitspersonal festgestellt.

Gesundheitsversorgung

Der Bundesrat wird 2022 die Botschaft zur Änderung des KVG (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2) verabschieden. In Umsetzung des Kostendämpfungsprogrammes werden in einem eigenen Rechtssetzungspaket Massnahmen im Bereich der koordinierten Versorgung und der Arzneimittelpreise vorgeschlagen werden. Weiter wird der Bundesrat 2022 die Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) anpassen. Mit dieser Revision sollen einerseits Massnahmen zur Kostendämpfung im Bereich der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) umgesetzt werden. Andererseits sind Anpassungen geplant, welche der Prozessoptimierung sowie der Erhöhung der Transparenz und der Schaffung von mehr Klarheit und Rechtssicherheit dienen sollen.

Aussenpolitik allgemein

Der Bundesrat wird 2022 eine Eurasien Strategie 2023–2026 verabschieden. Mit Russland und der Türkei wird sie zwei globale Schwerpunktländer der Schweiz abdecken, ebenso den Westbalkan, Osteuropa und Zentralasien. Ebenso wird der Bundesrat 2022 eine Südostasien Strategie 2023–2026 verabschieden. Sie wird die zehn ASEAN-Staaten abdecken.

Gaststaat / internationales Genf / Genfer Zentren

Der Bundesrat wird 2022 die Strategie Multilateralismus und Gaststaat Schweiz 2024–2027 verabschieden. Sie erläutert die Gründe und Prinzipien des schweizerischen Engagements für einen wirksamen Multilateralismus und definiert Ziele und Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat 2024–2027. Weiter wird der Bundesrat die Botschaft zu einem Rahmenkredit zur Weiterführung der Unterstützung der Genfer Zentren 2024–2027 verabschieden. Mit dem Rahmenkredit will der Bundesrat zu einer friedlichen und gerechten internationalen Ordnung beitragen, wie es Artikel 2 der Bundesverfassung vorsieht.

Vereinte Nationen

Die Schweiz kandidiert für einen Sitz als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Wahl für die Mitgliedschaft in den Jahren 2023 und 2024 findet im Juni 2022 statt. Im Falle einer Wahl wird der Bundesrat 2022 die Prioritäten der Schweiz im Sicherheitsrat beschliessen.

Menschenrechtspolitik

Die allgemeine regelmässige Überprüfung (UPR) ist ein Mechanismus der UNO zum Monitoring der Menschenrechtslage. 2022 wird der Bundesrat als Grundlage für den 4. UPR der Schweiz den entsprechenden Bericht genehmigen. Dieser zieht Bilanz über die Menschenrechtssituation in der Schweiz und die wichtigsten getroffenen Massnahmen.

IZA / Entwicklungspolitik

Im Rahmen der Umsetzung der IZA-Strategie 2021–2024 wird der Bundesrat 2022 einen Kernbeitrag an die Internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank (International Development Association, IDA) beschliessen. Weiter strebt der Bundesrat 2022 den Abschluss eines Rahmenabkommens der internationalen Zusammenarbeit mit Ghana an.

Europapolitik

Der Bundesrat wird 2022 einen Bericht zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU (Europabericht) gutheissen. Unter dem Vorbehalt der Aufhebung der Nichtdiskriminierungsbedingung durch das Parlament wird er 2022 bilaterale Verträge mit den Partnerstaaten zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten abschliessen. Weiter wird der Bundesrat 2022 ein «Framework for Participation Agreement» mit der EU abschliessen, das den rechtlichen und administrativen Rahmen für die Entsendung von Schweizer Experten in zivile Krisenbewältigungsmissionen der EU definiert.

Leitlinie 3: Sicherheit

Migrationspolitik

Der Bundesrat wird 2022 die strategischen Leitlinien zu den Kantonalen Integrationsprogrammen (KIP) der Programmperiode 2024–2027 gutheissen und den dazugehörigen Verpflichtungskredit «Integrationsmassnahmen Ausländer» 2024–2027 genehmigen. Im Wesentlichen geht es darum, die strategischen Programmziele festzulegen, nach welchen sich die KIP ab 2024 ausrichten.

Terrorismus

Der Bundesrat wird 2022 die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die polizeiliche Bearbeitung von Flugpassagierdaten verabschieden. Für den Aufbau eines nationalen Systems zur Nutzung von Passenger Name Records (PNR-Daten) in der Schweiz bedarf es der Erarbeitung einer formellen Rechtsgrundlage. Ebenso wird der Bundesrat 2022 die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) und dessen Verordnungen beschliessen. Das neue Bundesgesetz ermöglicht es den Behörden, gegen Personen vorzugehen, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht.

Kriminalität

Der Bundesrat wird 2022 die Inkraftsetzung der Änderung des Bundesgesetzes über die Verwendung von DNA-Profilen in Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekanntem oder vermissten Personen sowie des entsprechenden Verordnungsrechts festlegen.

Sicherheitspolitik

Der Bundesrat wird 2022 die Armeebotschaft 2022 verabschieden. Er beantragt dem Parlament, die Verpflichtungskredite zur Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge, der Boden-Luftverteidigung grosser Reichweite und von Armeematerial sowie zum Immobilienprogramm VBS zu genehmigen. Weiter wird die Ausserdienststellung der F5-Tiger beantragt. Damit sollen die Mittel zum Schutz des Luftraums bis 2030 erneuert werden können. Schliesslich wird der Bundesrat 2022 die Botschaft über einen Verpflichtungskredit zur Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz verabschieden. Das ehemalige Munitionslager Mitholz soll geräumt und damit die aktuelle Gefahr beseitigt werden.

Energiepolitik

Der Bundesrat wird 2022 die Botschaft zum Gasversorgungsgesetz verabschieden. Ziel der Vorlage ist es, erstmals gesetzliche Rahmenbedingungen für die Gasversorgung und den Gasmarkt in der Schweiz zu setzen und damit Rechtssicherheit wiederherzustellen. Sodann wird der Bundesrat 2022 die Botschaft zur Revision des Wasserrechtsgesetzes verabschieden. Mit der Revision soll das Wasserzinsmaximum für die Zeit ab 2025 neu geregelt werden. Schliesslich wird der Bundesrat 2022 die Botschaft zur Revision des Wasserbaugesetzes verabschieden. Die Anpassungen sollen den Herausforderungen durch die erheblich steigenden Risikofaktoren im Bereich Naturgefahren entgegenwirken und das Sicherheitsniveau mit den bestehenden Bundesmitteln mittelfristig erhalten.

Landwirtschaftspolitik

Mit der parlamentarischen Initiative 19.475 sollen das Trinkwasser und die Oberflächengewässer besser vor negativen Auswirkungen von Pestiziden und Düngern geschützt werden. Der Bundesrat wird 2022 die entsprechenden Verordnungen im Landwirtschafts-, Gewässerschutz- und Chemikalienrecht anpassen und auf den 1. Januar 2023 in Kraft setzen.

Umweltpolitik

Der Bundesrat wird 2022 den Bericht Umwelt Schweiz 2022 verabschieden. Gestützt auf das Umweltschutzgesetz erstattet der Bundesrat mindestens alle vier Jahre der Bundesversammlung Bericht über den Zustand der Umwelt in der Schweiz. Weiter wird der Bundesrat 2022 ein Massnahmenpaket zur Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft verabschieden. Der Bundesrat sieht nach wie vor Handlungsbedarf im Hinblick auf eine nachhaltige Ressourcennutzung,

insbesondere in den umweltrelevantesten Bereichen Ernährung, Wohnen und Mobilität. Ferner wird der Bundesrat 2022 die Botschaft über den Rahmenkredit für die globale Umwelt 2023 bis 2026 verabschieden.

Nachhaltigkeitspolitik

Der Bundesrat wird 2022 seinen zweiten freiwilligen Länderbericht über die Umsetzung der Agenda 2030 gutheissen und den Bericht der UNO vorlegen. Der Bericht wird auf der Basis einer Bestandsaufnahme der Umsetzung der Agenda 2030 in der Schweiz und in ihren Aussenbeziehungen erstellt werden.

Cyberrisiken

Der Bundesrat wird 2022 auf Basis der Vernehmlassungsergebnisse das weitere Vorgehen betreffend eine Meldepflicht für kritische Infrastrukturen bei Cyberangriffen festlegen. Weiter wird der Bundesrat 2022 die neue Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken (NCS) für die Jahre ab 2023 verabschieden. Die Strategie hat zum Ziel, Massnahmen zu definieren, um die Schweiz vor Ausfällen, Störungen und Missbräuchen von IKT zu schützen. Schliesslich wird der Bundesrat 2022 von den Evaluationsergebnissen Kenntnis nehmen und das weitere Vorgehen hinsichtlich Optimierungsanpassungen an den Cyberstrukturen festlegen.